

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Kiosken erhältlich

Morgen ist Wahltag!
Jeder Arbeiter gibt Wahlpulver für die kommunistische Partei!
Jeder Wahlhelfer der Liste 4 versieht sich mit Sammelkarte und Wahlformulare.
Vor die Betriebe! Hoffmunition!

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Vorklagen: Der rote Stern / Der rote Arbeiter / Der rote Arbeiter / Der rote Arbeiter / Der rote Arbeiter
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Junge

6. Jahrgang

Dresden, Donnerstag den 21. August 1930

Nummer 194

Kommunisten ins Gefängnis, weil sie Streik gegen Youngsteuern proklamieren

Ein Gewaltakt der Young-Justiz — gestützt auf Eberts Diktaturverordnung

Dresden, den 21. August.

Wie der „Klassenkampf“, unser Bruderorgan in Halle-Merseburg, mittels, hat eine ganze Reihe kommunistischer Gewerkschaften und Funktionäre eine Verurteilung wegen „Verweigerung gegen den § 110 des Strafgesetzbuches“ (Widerstand gegen die Staatsgewalt) und wegen Vergehens gegen die Diktaturverordnung des Sozialdemokraten Friedrich Ebert (!) vom 15. September 1923 erhalten.

Die strafbare Handlung wird in der Aufforderung zum Steuerstreik erblickt.

Als die Brüning-Hindenburg die Diktaturverordnung erließen, als sie das Parlament nach Hause jagten, um die Youngsteuern einzutreiben, proklamierten wir Kommunisten als einzige den Steuerstreik. Für uns ist der Kampf gegen den Youngplan, gegen die Ausbeutung des deutschen Volkes durch in- und ausländische Kapitalisten nicht ein billiges Wortspiel, sondern Gegenstand einer ernsten, revolutionären Aktion.

Wenn in einer Reihe von Gemeinden die Ablehnung der Steuereintreibung beschlossen worden ist, so ist es der Initiative der Kommunisten zu verdanken.

Gegenüber haben die SPD-Führer wie die Nazis es abgelehnt, auch nur zu einer parlamentarischen Aktion die Hand zu heben. Weder unserem Antrage auf Landtagsentscheidung, noch auf Einberufung des Dresdener Stadtverordnetenkollegiums ist stattgegeben worden. Was kümmert es die Wahlhelfer, ob die Arbeiter, die Erwerbslosen, ob die Rentner und Mittelschichten ab 1. September erhöhte Youngsteuern zahlen müssen.

Mit diesem Verbot der Steuereintreibung von den Nazis bis zur SPD nicht genug, marschiert jetzt die Klassenjustiz gegen die Kommunisten auf.

Mit Gefängnis sollen die Kommunisten bestraft werden, weil sie gegen die Youngsteuern kämpfen.

Wieder ist es ein Erfolg des Sozialdemokraten Ebert, auf den sich die Justiz der Youngrepublik stützt.

Aber wir Kommunisten lassen uns nicht einschüchtern. Wir werden die Massen mobilisieren zum Kampf gegen das ungleiche Steuerrecht. Keinen Pfennig dieser Youngrepublik! — ist unsere Losung. Unter dieser Losung, der Lösung der Kommunistischen Partei und der Liste 4, muß ein Massenstreik aller Werktätigen dem schändlichen Gewaltstreik der Youngjustiz antworten.

Weitere Gemeinden gegen Diktatursteuer

Erfolgreiche kommunistische Vorkämpfe

Die kommunistische Reaktion im Gemeindevorordnetenkollegium Döberitz beantragte, gegen die Diktatursteuern der ungleichen Notverordnung Protest zu erheben und die

Durchführung der Steuereintreibung in der Gemeinde abzulehnen. Dieser Antrag wurde einstimmig vom Gemeindevorordnetenkollegium angenommen.

Der kommunistische Antrag gegen die Steuernotverordnung in Mittelfrohna wurde zum Beschluß erhoben. Von dem Punkt 4 des beschlossenen Antrages wird gelagt: „Die Gemeindevorordneten sind entschlossen, sich gegen die Notverordnung mit allen Mitteln zur Wehre zu setzen.“

In der Gemeindevorordnetenversammlung von Eibau am 18. August wurde auf Antrag der Kommunisten beschlossen, die Diktatursteuern der Brüning-Hindenburg nicht zu erheben.

„Die Festsetzung und Eintreibung der auf Grund des Naturartikels 48 durch die Notverordnung der Brüning-Regierung vorgeschriebenen Steuern wird abgelehnt.“ So lautet der erste Satz des Beschlusses, den die Gemeindevorordneten in Reichholz faßten.

Nazis verordnen doppelte Megersteuer

So sieht die Praxis dieser faschistischen Youngnechte aus!

Der nationalsozialistische Gemeinderat in Gotha schlug die sofortige Erhöhung der Biersteuer nach der Diktaturverordnung Brüning vor. Bürgerliche und Nationalsozialisten stimmten für diese Steuererhöhung.

Der Stadtverordnetenvorsteher Bohnsdorf, ein Führer im dritten Reich, kündigte an, daß in aller nächster Zeit die Stadt Gotha auch die Gemeindegemeindesteuer einführen werde.

Dadurch wird Gotha die erste Stadt sein, die neben der Landessiegersteuer des Nazijud noch die Megersteuer des „Frontkämpferkabinetts“ mit Hilfe der faschistischen Volksbetrüger einführt.

Naziverammlung von Erwerbslosen umlagert

Empörung gegen die Einseitigkeit der Zwangsarbeit
Polizei schüßt Naziverammlung

Dresden, den 21. August.

In dichten Scharen stehen die Erwerbslosen vor den Annenstellen, in denen heute nachmittag 13 Uhr eine Versammlung der Nazis stattfinden soll. Um die Erwerbslosen zu täuschen, haben die Nationalsozialisten die Parole herausgegeben, daß die Versammlung um 11 Uhr statt um 13 Uhr beginnt. Kühns Polizei kam mit zwei Ueberfallwagen angefahren und versuchte, die Erwerbslosen wegzujagen. Die Zugänge zum Friedrichsplatz sind durch Polizei abgeriegelt und niemand darf den Platz passieren. Selbst kleine Gruppen von Erwerbslosen, die über den Berat der Nationalsozialisten diskutieren, werden mit dem Gummiknüttel auseinanderge schlagen.

Die Altstadt Dresdens im Zeichen des Belagerungszustandes! Die Naziverammlung im Zeichen des Schusses der Polizei! Die Erwerbslosen werden nicht weichen, sondern sie werden den Nazis die Antwort geben.

Auf dem Wege zur offenen Diktatur

Chefwechsel in der Reichswehr

General Hammerstein als Nachfolger Heyes?

Dresden, den 21. August

Die Presse berichtet von einem bevorstehenden Wechsel in der Leitung der Reichswehr. General Heyes habe sein Rücktrittsgesuch eingereicht, und General von Hammerstein werde sein Nachfolger. Wenn auch das Reichswehrministerium offiziell diese Meldung dementiert, so kommt dem nur formale Bedeutung zu. Nach Wählung der Septembermonarchen werde der Wechsel vollzogen.

Bei den sich verdichtenden Gerüchten und Verlautbarungen über die Ausrückung der offenen Diktatur nach den Reichstagswahlen kommt dieser Meldung ganz besondere Bedeutung zu; denn der genannte General von Hammerstein ist ein offener Faschist. Wir erinnern unsere Leser an die faschistischen Bombenattentate, die im Vorjahr verübt wurden. Bei der Festnahme der Bombenattentäter kam u. a. brechtisches Material in die Öffentlichkeit, woraus die enge Verbindung zwischen Faschisten und hohen Reichswehrstellen hervorging. U. a. befand sich ein Brief des Rittergutsbesitzers Wilhelm von Gaja an den Reichswehrgeneral von Hammerstein darunter, worin der Diktatur- und Umsturzplan offen dargelegt und die Uebertragung der Diktatur an die Reichswehrgeneräle gefordert wurde. Wörtlich hieß es in diesem Brief:

„Kommunisten müssen mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden, zum Teil auch die Gewerkschaften... Diesen Diktatur kann aber nur die Reichswehr hervorgebracht werden... Ich glaube bestimmt, daß der Reichspräsident schon in naher Zeit den Artikel 48 wird brauchen müssen.“

General von Hammerstein mußte zugeben, daß er diesen Brief erhalten und weder den zuständigen Stellen noch der Öffentlichkeit von diesen Umsturzplänen Mitteilung gemacht habe. Dieser selbe General wird jetzt als der Nachfolger des Generals von Gaja bezeichnet.

Angeichts einer solch drohenden Entwicklung ist es ein Verbrechen der SPD-Presse, die faschistischen Diktaturbestrebungen

der deutschen Bourgeoisie als eine „Kasse“, als ein „Diktatorium“ zu bezeichnen, wie es gestern die SPD-Presse tat. Im Gegenteil. Das deutsche Proletariat muß allen Erstes die SPD-Presse tat. Im Gegenteil! Das deutsche Proletariat muß allen Erstes und mit allen Mitteln zum Gegenstoß rufen. Der Wohlkampf für den Sieg der Liste 4 muß im Zeichen der außerparlamentarischen Offensive des Proletariats gegen Faschismus, Steuer- und Lohnraub stehen, im Zeichen der revolutionären Einheitsfront um die Befreiung der deutschen Arbeiterkraft!

Heraus aus dem Reichsbanner! Sei Wahlhelfer für die Liste 4!

Versammlungsschutz für die Zentrumspläfen, für die Partei der Brüning-Steuer, der Stegerwald-Schiedsprüche hat Hörsing seinen Mitgliedern befohlen. Versammlungsschutz für die Mahraun-Partei, für die Partei der Mörder von Mechterstedt, hat der Sozialdemokrat den Reichsbannerarbeitern diktiert. Aber

kein Hörsing fliegt aus der Sozialdemokratie heraus

Nicht einmal zu einem Protest raffen sich die sächsischen SPD-Führer auf. Was sagen die sozialdemokratischen Arbeiter zu diesem schändlichen Mißbrauch, der mit ihnen getrieben wird? Können sie Wahlhilfe leisten für eine Organisation, die die Mörder der Arbeiter schützt? Können sie werben für einen Hörsing, der mit den Mahraun und Dietrich, den Brüning und Stegerwald gemeinsame Sache macht?

Keine Hand gerührt für diese Verräter, die die Wegbereiter des Faschismus sind! Heraus aus dem Reichsbanner! Werdet Wahlhelfer der Liste 4! Revolutionäres Klassenbündnis zwischen Antifa- und Reichsbannerarbeitern. So muß gehandelt werden! Darum

Reichsbannerarbeiter, Jungsozialisten, parteilose Arbeiter!

Heute 19.30 Uhr alles zum Keglerheim
zur Kundgebung und Arbeitskonferenz aller Wahlhelfer der Liste 4!